

Liberaler Leitlinien für eine europäische deutsche Außenpolitik

25.5.2011

I. Liberale Grundsätze

Liberaler Außenpolitik ist wertorientiert. Sie orientiert sich an Freiheit, an Menschenrechten, an Demokratie und am Rechtsstaat. Zusammen mit der sozialen Marktwirtschaft, die erst die Voraussetzungen dafür schafft, hilfsbedürftige Menschen auf dieser Welt zu unterstützen, ist sie ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Eine freiheitliche Wertorientierung ist und bleibt Bezugspunkt liberaler Außenpolitik, auch bei der Vertretung von Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Die verfassungsmäßigen Prinzipien, die auch unser sonstiges politisches Handeln bestimmen, gelten auch für die Außenpolitik.

Liberaler Außenpolitik ist von einer Ethik der Verantwortung getragen. Sie ist eine Außenpolitik mit Engagement, mit Überzeugung, aber auch mit Realismus. Verantwortung liegt immer in der richtigen Balance zwischen Macht und Ethik, nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen.

Wichtig ist neben dem eigenen Selbstvertrauen auch das Vertrauen der anderen in uns. Deutschland soll sich nicht größer machen, als es ist, aber auch nicht kleiner. Liberaler Außenpolitik steht für Multilateralismus, die Einbettung Deutschlands in Europa und in die transatlantische Partnerschaft. Kooperation und Integration gehören zum Charakter liberaler Außenpolitik.

Die Debatte um die deutsche Außenpolitik, die quer durch die FDP, die deutsche Bevölkerung und in Europa insgesamt geführt wird, zeigt, dass wir Liberalen unsere außenpolitischen Grundsätze aktualisieren und konkretisieren müssen. Es gilt, offen zu kommunizieren und danach zu handeln. Wir müssen die FDP außenpolitisch wieder berechenbarer machen.

II. Herausforderungen

Spätestens seit der Jahrtausendwende sind wir Zeugen einer rasanten Machtverschiebung in der internationalen Politik. Der Einfluss Amerikas und Europas schwindet, während die aufstrebenden Wirtschaftsmächte Asiens und Lateinamerikas eine zunehmend globale Rolle spielen. Das beobachten wir im

Rahmen des neuen Forums der G20, aber auch in den Gremien der Vereinten Nationen, der Bretton-Woods-Institutionen oder der Welthandelsorganisation. Dies stellt uns Europäer vor große außenpolitische und -wirtschaftliche Herausforderungen: wenn unfreie Regime Demonstranten, Oppositionelle oder Dissidenten nieder prügeln und die Presse knebeln, stellt das auch einen Angriff auf unser universales Verständnis von Menschenrechten und demokratischer Teilhabe dar; wenn staatlich kontrollierte oder subventionierte Wirtschaften im großen Stil die eigenen Märkte abschotten und ihre Exporte politisch konditionieren, droht ein neuer Protektionismus auch unser Wirtschafts- und Sozialmodell zu untergraben, das hochgradig auf offene Märkte und freien Handel angewiesen ist.

Die USA bleiben der wichtigste strategische Partner Deutschlands außerhalb der EU, denn die transatlantische Freundschaft ist von gemeinsamen Werten getragen. Dennoch sollte dieses wertvolle Band auch unterschiedliche Positionen in Einzelfragen vertragen können. So stellt es keinen anti-amerikanischen Reflex dar, wenn Liberale gewisse von den USA eingesetzte Mittel im Kampf gegenüber dem internationalen Terrorismus (Verhörmethoden, Geheimgefängnisse) auf dem Boden unseres Menschenrechtsverständnisses kritisieren. In Bezug auf Russland und China stellen sich in aller Schärfe schwierige Abwägungsfragen zwischen der Vertretung wirtschaftlicher Interessen einerseits und dem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte andererseits. Zugleich ist Deutschland aufgerufen, sich gegenüber diesen strategischen Partnern jenseits von Kotau und Überheblichkeit zu positionieren.

Die jüngsten arabischen Revolutionen geben Anlass zu Mut und entschlossenem Handeln. Der Freiheitsdrang einer großen Anzahl von jungen Menschen in der arabischen Welt ist in seiner weltpolitischen Bedeutung nicht zu unterschätzen. Diese in ihrem Kampf gegen Fundamentalisten, Autokraten und Kleptokraten sowie auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, ist unsere Pflicht als Liberale.

III. Für eine europäische deutsche Außenpolitik

Das Gespenst des Nationalismus scheint durch die Euro-Krise und die Libyen-Frage wieder aufzuerstehen. Bei unseren engsten Partnern werden ernste Sorgen geäußert, Deutschland habe wieder damit begonnen, seine nationalen Interessen über das Ziel der europäischen Einigung zu stellen, die als eine Art Nationalpazifismus bezeichnet werden könnten. Liberale Außenpolitik muss diese Besorgnis unserer europäischen Nachbarn berücksichtigen. Nationale Interessen auch im Alleingang durchzusetzen, wie das einige unserer Verbündeten tun, ist für uns keine Alternative. Deutschland ist zu groß und wirtschaftlich zu stark, um durch so ein Verhalten nicht den Verdacht von Hegemonialbestrebungen zu erwecken, auch wenn diese Sorgen aus unserer Sicht unbegründet zu sein scheinen. Darüber hinaus ist für uns Liberale klar, dass selbst das wiedervereinigte Deutschland allein nicht über das notwendige internationale Gewicht verfügt. Die Lehre für Deutschland aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ist, dass wir nur in einem engen Bündnis mit unseren europäischen Nachbarn zu Frieden und Wohlstand gelangen können. Daher ist die Vertiefung der europäischen Einigung die Leitlinie liberaler Außenpolitik. Aufgrund dieser Überzeugungen gilt es, grundsätzlich

mit unseren europäischen Partnern Außenpolitik zu gestalten und durchzusetzen. Daher wollen wir uns verstärkt in die Formulierung europäischer Außenpolitik einbringen, um dann die Entscheidungen geschlossen mit unseren Verbündeten durchzusetzen.

Mit dem Lissabonner Vertrag hat sich auch Deutschland dafür stark gemacht, die Gemeinsame Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Die Hohe Repräsentantin soll als Vizepräsidentin der Kommission die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Instrumente der Europäischen Union koordinieren, bündeln und wirksam zum Einsatz bringen sowie Initiativen in diesen Bereichen anregen. Hierfür steht der im Jahr 2011 gegründete Europäische Auswärtige Dienst bereit, der sich aus europäischen und nationalen Beamten zusammensetzt. Neben verbesserter Kohärenz zwischen den Sachbereichen geht es auch darum, die europäische Außenpolitik langfristig in eine Führungsrolle hineinwachsen zu lassen, die sie in der Außenwirtschaftspolitik schon seit langem erfolgreich übernommen hat.

Deutschland ist unbestritten ein Schwergewicht innerhalb der EU und angesichts der außenpolitischen Dauerherausforderung damit ständig gefordert. Die Liberalen wollen daher, dass sich auch die deutsche Außenpolitik stärker in den Dienst einer gemeinsamen Politik stellt. Deutschland muss zu den "Freunden und Treibern der außenpolitischen Integration" gehören, die auf nationale Alleingänge verzichten, konstruktive Vorschläge für gemeinsame Positionen und Initiativen einbringen und der Hohen Repräsentantin zur besseren Wahrnehmung ihrer Aufgaben verhelfen. Als Europapartei begreift die FDP, dass die oben skizzierten Herausforderungen nur durch eine starke europäische Abstimmung gemeistert werden können. Wo Liberale in der Bundesregierung Verantwortung tragen, gilt es daher strategische, europäische Weltinnenpolitik zu betreiben, und nicht taktische, nationale Lokalpolitik.

IV. Die Konturen

Eine derartige europäische deutsche Außenpolitik ist bereits am Entstehen. Berlin hat Brüssel dabei unterstützt, Serbien zu einer gemäßigten Haltung in der Kosovo-Frage zu bewegen und gemeinsam mit Schweden eine wichtige verteidigungspolitische Initiative vorgebracht (Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung von Kapazitäten). Vor dem Hintergrund der schwierigen Lage vieler Verteidigungshaushalte sollten die bestehenden Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit ausgeschöpft werden, um die Verteidigungskosten zu senken und Synergien zu schaffen. Langfristiges Ziel sollte dabei die Schaffung einer europäischen Armee sein. Eine Stärkung der GSVP sollte aber nicht in Gegensatz zur NATO erfolgen. Vielmehr sollte sich Deutschland für eine stärkere Kooperation und Koordination zwischen EU und NATO einsetzen, denn eine Abwendung von den USA wäre weder außen- noch sicherheits- oder militärpolitisch eine sinnvolle Politikoption.

Gegenüber den EU-Nachbarn im Osten (Ukraine, Weißrussland) und im Süden hat sich die Bundesregierung in letzter Zeit für eine stärker werteorientierte und aktive Politik eingesetzt. Auch stand das liberale Deutschland hinter dem erfolgreichen Antrag der EU, einen verbesserten Status in der UN-Generalversammlung zu erhalten. Auf der anderen Seite besteht erhöhter Abstimmungsbedarf, wie man sich

zu den strategischen Partnern Indien, Brasilien, China und Russland aufstellt. Hierbei sollten Liberale dazu beitragen, mutig und nicht kleinlaut klare Positionen zur Werte- und Interessenfrage zu vertreten. In vorauseilendem Gehorsam wird häufig vergessen, dass auch Russland und China von der lukrativen Abnahme ihrer Produkte in Europa abhängig sind.

Bei der Behandlung der Libyenkrise wich die deutsche Regierung mit ihrer Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung der Resolution 1973 (2011) von der Position der westlichen Verbündeten USA, Frankreich und Großbritannien ab. Außerdem wurde die im Mittelmeer präsenste Bundesmarine beschämenderweise nur zur Evakuierung deutscher Staatsangehöriger eingesetzt, nicht aber zur Durchsetzung des Waffenembargos gegen den libyschen Despoten Ghadaffi.

Bei der Abwägung zwischen einem militärischen Eingreifen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung aufgrund einer vom UN-Sicherheitsrat konkretisierten Schutzverantwortung ("responsibility to protect") und dem liberalen Grundsatz, Militär nur als letztes Mittel einzusetzen, konnte man im konkreten Fall mit guten Gründen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Auch bei einer Zustimmung aus bündnispolitischen Erwägungen hätte die Bundeswehr nicht notwendigerweise in Kampfeinsätze miteinbezogen werden müssen. Auch sollte eine humanitäre Intervention für Liberale nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein, um das Markenzeichen liberaler Außenpolitik wieder glaubwürdig vertreten zu können: wertorientierte Leitlinien, rationale Abwägung aller Gründe und im Zweifel europäisch.

V. Schluss

Die Kultur der liberalen Außenpolitik in der Bundesrepublik hat eine 30jährige Geschichte: Sie begann mit Walter Scheel und der neuen Deutschland- und Ostpolitik, gerichtet auf die Herstellung der Deutschen Einheit durch Überwindung der Trennung Europas im friedlichen Wandel. Sie setzte sich fort mit Hans-Dietrich Genscher und dem Helsinki-Prozeß und der Einbettung der Deutschen Einheit in den Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Die liberale Außenpolitik hat den friedlichen Wandel gesucht und sich ihm gestellt. Sie hat sich neuen Aufgaben in internationaler Verantwortung Deutschlands mit Klaus Kinkel gewidmet, als die alte bipolare Welt zu Ende gegangen war und neue globale Herausforderungen und Bedrohungen entstanden. Außenpolitik hat Kontinuitätslinien, aber immer ist auch die Kraft der einzelnen Persönlichkeit und ihr Ansehen mit verantwortlich für das Vertrauen der anderen in uns. Wir haben jetzt die Chance, die Weichen hin zu einer europäischen deutschen Außenpolitik zu stellen. Wir Freidemokraten wollen die Verantwortung übernehmen, europäische Außenpolitik mit zu gestalten und Deutschlands Rolle als verlässlicher, berechenbarer und antreibender Partner in der europäischen Einigung zu festigen.